

6210/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit & Soziales

betreffend Politische Konsequenzen aus der Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich (Darstellungen des Sozialberichtes)

Die akkordierte „Steuerreform“ soll der Entlastung der unteren und mittleren Einkommen dienen und die Massenkaufkraft stärken sowie die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erhöhen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erscheinen angesichts der dramatischen Einkommensentwicklung zulasten der ArbeitnehmerInnen als in höchstem Maße unzulänglich. Denn:

Nach den Erhebungen des WIFO verringerte sich die Nettolohnquote und speziell die bereinigte Nettolohnquote innerhalb der letzten zwanzig Jahre von 55,9 auf 47,9 Prozent bzw. von 57,4 auf 45,9 Prozent des volkswirtschaftlichen Einkommens. Somit sank der Anteil der ArbeitnehmerInnen am Gesamteinkommen nicht zuletzt aufgrund der Steuern und Sozialabgaben um bis zu 11,5 Prozent!

Die Zuwachsrate der Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit sanken von 1996 auf 1997 um 0,1 Prozent auf 1,2 Prozent, die der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung stiegen im selben Zeitraum hingegen um 1,7 Prozent auf insgesamt 7,1 Prozent. Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften erhöhten ihre Zuwachsraten sogar um 13,3 Prozent auf 15,9 Prozent! Die Einkünfte aus Freien Berufen verbesserten sich (+ 9%) ebenso wie das Wachstum aus Besitzeinkommen (+5,2%). Hingegen bleibt die Entwicklung der Lohneinkommen deutlich hinter der Entwicklung des Volkseinkommens (+3,7%) zurück.

Die Konsolidierungsbemühungen in der Budgetpolitik führten in den letzten Jahren zu einem Rückgang des Nettomasseneinkommens real um 3,1 Prozent, zu einem Sinken des Nettorealeinkommens je Arbeitnehmer 1997 um 3,8 Prozent und zu einer insgesamt stagnierenden Kaufkraft der Haushalte.

Trotz der Wirtschaftsbelebung verstärkte sich die negative Lohndrift, sodaß die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten 1997 um 1,25 Prozent unter denen des Vorjahres lagen und so die Wettbewerbsposition Österreichs vor allem zu Lasten der ArbeitnehmerInnen - z.B. beziehen 25% der ArbeiterInnen ein Nettomonatseinkommen unter 3.000 Schilling - erheblich verbessert wurde.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Nettolohnquote zu erhöhen?
2. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um den Anteil der ArbeitnehmerInnen am Gesamteinkommen in Österreich wieder zu erhöhen und den derzeitigen Trend umzukehren?
3. Werden Sie einen nationalen Aktionsplan, eine echte Steuerreform zur gerechteren Einkommensverteilung erstellen lassen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, mit welchem Zeithorizont?
4. Mit welchen Zusatzmaßnahmen werden Sie das Nettomasseneinkommen wieder anzuheben versuchen?